



Umweltschäden durch Uranbergbau (bei Ronneburg)

Teure Altlast

Auf die Bonner Regierung kommen neue Belastungen in zweistelliger Milliardenhöhe zu. Nach einem vom sächsischen Umweltministerium vorgelegten Rechtsgutachten zur Sanierung von Altlasten, die durch den Uranabbau der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut in der ehemaligen DDR entstanden sind, muß der Bund einen weit aus größeren Beitrag leisten als bisher angenommen. Derzeit sind in die Kostenrechnung von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) lediglich diejenigen Sanierungsgebiete einbezogen, die nach dem 31. Dezember 1962 noch in Wismut-Besitz waren. Möllemann veranschlagt dafür einen Betrag von 13 Milliarden Mark für einen Zeitraum von 15 Jahren. Ein erheblicher

Teil der durch den Uranabbau zerstörten Gebiete war aber schon vor dem Stichtag an Gemeinden und andere öffentliche Träger zurückgegeben worden; die müßten nun ohne Hilfe aus Bonn für die Sanierungskosten aufkommen. Der sächsische Umweltminister Arnold Vaatz (CDU) will den Bund „zum Zahlen seines gerechten Anteils“ zwingen: „Notfalls müssen wir Musterprozesse führen.“

Abstruse Ideen

Nazi-Jäger Simon Wiesenthal hat einen hohen Funktionär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf wegen antisemitischer Äußerungen angezeigt. Professor Waldemar Schneider, 56, Chef

des DRK-Blutspendendienstes im westfälischen Hagen, leitet das „Toko Institut für systemüberschreitendes Denken e.V.“, das Fortbildungskurse für Manager veranstaltet und unter derselben Adresse wie das DRK firmiert. In der Institutszeitschrift *Toko Zeit-Kompass* veröffentlichte Schneider im Juli eine zustimmende Kritik über das neueste Buch des japanischen Bestseller-Autors Masami Uno („Wer die Juden versteht, erkennt die Welt“), der mit abstrusen Weltverschwörungstheorien aufwartet. So sei, schreibt Uno, die russische Revolution 1917 in Wirklichkeit eine jüdische Revolution gewesen. Über die deutschen Gewerkschaften behauptet der Schreiber, sie stünden bekanntermaßen stark unter jüdischem Einfluß. Schneider: „Ein spannend geschriebenes Buch.“ Beim DRK wird hausintern gegen Schneider ermittelt, so Generalsekretär Johann Wilhelm Römer. Er läßt am Ausgang der Untersuchung keinen Zweifel: „Das wird abgestellt.“

Mängel waren bekannt

Die angeblich rätselhaften Gründe, die Ende November zum Ausfall der Mikrofonanlage im neuen Plenarsaal und zum Rück-Umzug der Bonner Parlamentarier in das „Wasserwerk“ führten, waren dem Ältestenrat seit Wochen bekannt. Aus einem internen Protokoll der Sitzung vom 8. Oktober geht hervor, daß der zuständige Abteilungsleiter im Bauministerium, Günter Schäffel, ausdrücklich darauf hinwies, es sei „zeitlich kritisch“, das elektroakustische Sy-

Streit um Solidarpakt

Die Bundesländer stellen Bedingungen für die Anfang dieser Woche beginnenden Verhandlungen über einen Solidarpakt zum Aufbau Ostdeutschlands. Zu einer gemeinsamen Bestandsaufnahme der ökonomischen Lage zwei Jahre nach der Vereinigung seien die Länder nur bereit, wenn Bonn „zuvor eine Einschätzung der Wirtschafts- und Finanzlage“ gebe, schrieb der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Kurt Biedenkopf (CDU), an Bundeskanzler Helmut Kohl. Außerdem müsse die Bundesregierung ihre „Lösungsansätze zur Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation“ darlegen. Bislang war Finanzminister Theo Waigel dazu nicht bereit.

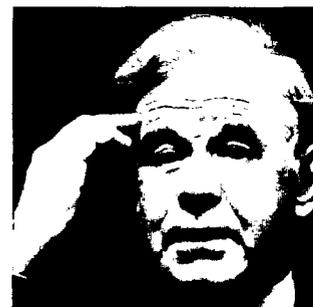
Vergangene Woche weigerte er sich, trotz bohrender Fragen der Ost-Länderchefs, präzise Angaben über geplante Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und den Umfang des angekündigten Nachtragshaushalts für 1993 zu machen. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf sagte anschließend resignierend: „Die knappste Bonner Ressource ist der politische Handlungswille.“ Biedenkopfs SPD-Kollege, Saarlands Regierungschef Oskar Lafontaine, meinte über die Regierungsparteien: „Die sind völlig durcheinander und wissen nicht, was sie wollen.“ Beide Ministerpräsidenten plädieren seit langem dafür, daß die im Sommer ab-

geschaffte Solidaritätsabgabe für Besserverdienende zur Finanzierung der Einheitskosten wieder erhoben wird. Auch Kanzler Kohl hatte kürzlich ein derartiges Opfer erwogen – allerdings erst von 1995 an.

Vielleicht kommt es schon früher dazu: Am vergangenen Donnerstag empfahl der Bundesrats-Finanzausschuß mit den Stimmen Sachsens und der SPD-regierten Länder, den Bundeshaushalt für 1993 an den Vermittlungsausschuß zu überweisen. Die im Etat vorgesehene Finanzausstattung der neuen Länder reiche nicht aus, begründete Sachsen den bislang einmaligen Vorgang: „Deshalb müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.“



Waigel



Biedenkopf